

## Teil Außenwirtschaft

Krugman, P. / Obstfeld, M. (2005): International Economics - Theory and Policy, 7. Auflage, Reading, Mass., Kapitel 1-4, 8, 12-14, 20 (Seiten 1-83, 176-206, 278-368, 548-575)

### Kapitel 2: Welthandel im Überblick

- Gravitationsmodell setzt Handel zwischen zwei Ländern in Beziehung zur Größe der Volkswirtschaften.
  - Geographische Entfernung und Staatsgrenzen behindern Handel
- Stärkster Handel aller Zeiten
  - Durch Rückgang von Transaktions- und Transportkosten
  - Aber auch schon 1914 starken Handel, dann WKe und Rückgang
- Industrieprodukte sind wichtigste Handelsware der heutigen Zeit
  - Früher: Güter des primären Sektors
  - Heute: immer mehr Dienstleistungen
- Entwicklungsländer exportieren heute hauptsächlich Industrieprodukte (nicht nur Rohstoffe)

### Kapitel 3: Das Ricardo Modell

- Unterschiede zwischen Ländern führt zu Außenhandel und Außenhandelsgewinnen
- In diesem Modell ist Arbeit einziger Produktionsfaktor
  - Länder unterscheiden sich nur aufgrund der Arbeitsproduktivität
- Länder exportieren diejenigen Güter, die mit ihrer Arbeit *relativ* effizient hergestellt werden können, sie importieren diejenigen, die ihre Arbeit *relativ* ineffizient herstellt.
- Ein Land verfügt bei der Herstellung eines Gutes dann über einen *komparativen* Vorteil, wenn die Opportunitätskosten (ausgedrückt in anderen Gütern,  $a_{LC}/a_{LW}$ ) für dessen Produktion geringer sind, als im Land des Handelspartners.
- Außenhandel bringt Gewinne:
  - Außenhandel als indirekte Produktionsmethode
    - Tausch (Import-Export)
    - Indirekte Produktion (Import) erfordert weniger Arbeit als direkte Produktion
  - Handel erweitert Konsummöglichkeiten eines Landes (z.B. Zitrusfrüchte)
- Verteilung der Außenhandelsgewinne hängt vom relativen Preis, der von einem Land hergestellten Güter, ab.
  - Um diesen relativen Preis zu ermitteln, müssen das relative Weltangebot und die relative Weltnachfrage betrachtet werden.
  - Daraus ergibt sich auch ein relativer Lohn
- Außenhandel bringt allen Nutzen
  - Ein Land profitiert auch dann, wenn seine Produktivität in allen Sektoren geringer ist, als diejenige ihrer Handelspartner (Handel basiert auf komparativen, nicht auf absoluten Vorteilen!)
  - Können die ausländischen Sektoren nur aufgrund von niedrigeren Löhnen konkurrieren, bringt der Außenhandel dennoch Nutzen
  - Außenhandel bringt auch dann Vorteile, wenn die Exporte eines Landes mehr Arbeit verkörpern als seine Importe (ohne Handel würde es dem Land noch schlechter gehen)

- Das Modell lässt sich auf mehrere Waren erweitern
  - Unterschied: die relativen Löhne müssen direkt anhand der relativen Nachfrage nach Arbeit bestimmt werden.
  - Der Weg über die relative Nachfrage nach Gütern ist ausgeschlossen
  - Es zeigt auch, dass manche Waren aufgrund ihrer Transportkosten nicht gehandelt werden.
- Einige Prognosen Ricardos sind eindeutig unrealistisch.
  - Es gibt mehr als nur einen Produktionsfaktor
  - Realität: Protektionismus statt Freihandel
  - Transportkosten
  - Allerdings lässt sich nachweisen, dass Länder am ehesten Güter exportieren, bei denen ihre Produktivität *relativ* hoch ist.

## Kapitel 4: Spezifische Faktoren und Einkommensverteilung

- Zwei Produktionsfaktoren, zwei Güter
  - Die Güter unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Faktorintensität
  - Unterschiedliches Lohn/Zins Verhältnis
  - Spezifische Faktoren können nur in der Produktion eines Gutes eingesetzt werden. Mobile Faktoren (wie Arbeit) können bei mehreren Gütern eingesetzt werden
- Produziert ein Land beide Güter, so
  - Besteht eine eindeutige Zuordnung zwischen den relativen Preisen der Güter und den relativen Preisen der Faktoren
  - Führt ein Anstieg des relativen Preises beim arbeitsintensiven Gutes zu einer Einkommensumverteilung zugunsten der Arbeiter
- Die Erhöhung der Ausstattung mit einem Faktor erhöht die Produktionsmenge des Gutes, in den dieser Faktor eingeht und senkt die Produktion des anderen Gutes
- Ein Land produziert die Güter, bei deren Herstellung seine reichlichen Ressourcen intensiv genutzt werden
  - Länder exportieren die Güter, bei deren Produktion ihre reichlichen Faktoren intensiv genutzt werden
  - Die Besitzer der reichlichen Faktoren profitieren also vom Außenhandel, die Besitzer knapper Ressourcen erleiden Einbußen
- Im idealisierten Modell führt Außenhandel zum Ausgleich der Faktorpreise
  - In der Realität kann dies nicht beobachtet werden
  - Gründe sind Handelsbarrierern, Technologieunterschiede und Ressourcenausstattung
- Außenhandel erzeugt auch Verlierer. Ein Wohlfahrtsgewinn kann nur dann erfolgen, wenn die Gewinner die Verlierer für ihre Verluste kompensieren.
  - Dieses Phänomen ist nicht Außenhandelsspezifisch. Auch andere Formen des wirtschaftlichen Wandels rufen Verteilungsunterschiede hervor.
  - Diese Kompensation ist allemal besser, als Handelsbeschränkungen.
  - In der Praxis gelingt es den Verlierern, besser auf sich aufmerksam zu machen, als den Gewinnern. Sie sind eine homogenere, kleinere Gruppe.
- Empirisch fällt der Nachweis für das Heckscher-Ohlin Modell schwer. Vor allem scheint die Technologie eine wichtige Rolle zu spielen.

## Kapitel 8: Instrumente der Außenhandelspolitik

- Ein Zoll treibt einen Keil zwischen Weltmarkt- und Binnenpreise
  - Der Binnenpreis steigt, bleibt jedoch hinter Zollsatz zurück (großes Land)
  - Bei einem kleinen Land jedoch schlägt sich der Zoll voll auf die Preise nieder
- Konsumenten- und Produzentenrente ermöglichen Analyse der Auswirkungen
  - Die einheimischen Produzenten des Gutes gewinnen, wenn ein Zoll auf das Gut erhoben wird. (da der Preis steigt)
  - Die einheimischen Konsumenten verlieren entsprechend
  - Ebenso gewinnt der Staat in Form von Einnahmen
- Der Zoll führt zu Effizienzverlusten, da Anreize für Konsumenten und Produzenten, durch das Versagen des Preismechanismus (Falsche Knappheitsinformationen, etc), verzerrt werden
  - Effizienzverzerrungen kommen zu Stande, da die Volkswirtschaft im Inland zu viele Einheiten des Gutes produziert, die sie im Ausland billiger erwerben könnte.
- Andererseits verbessern sich die Terms of Trade, weil der Zoll tendenziell die Auslandsexportpreise senkt
  - Die Terms of Trade sind [...] das Austauschverhältnis zwischen den importierten und den exportierten Gütern eines Landes, die zugleich den Preis von international gehandelten Gütern auf dem Weltmarkt angibt. Dabei wird ein repräsentativer Warenkorb zu Grunde gelegt. Mit dem Begriff Terms of Trade wird oft der reale Wechselkurs bezeichnet. [WIKIPEDIA]
- Weitere Handelsrestriktionen sind:
  - Exportsubventionen (verschlechtern zusätzlich die ToT)
  - Importquoten (bringen keine staatlichen Einnahmen)
  - Freiwillige Exportbeschränkungen (bringen keine staatlichen Einnahmen)
  - Local-Content Klauseln
  - Bürokratische Schikanen
  - Nationale Beschaffung (Staat kauft lokale Produkte)
- Wird ein Zoll auf einem Monopolmarkt eingeführt, so
  - Verstärkt sich die Monopolmacht. Denn bei Freihandel müsste sich der Monopolist verhalten wie bei vollständigem Wettbewerb: Preis=GK
  - Steigt der Preis im Inland. Dadurch kann der Monopolist höhere Gewinne verzeichnen. Allerdings liegt der neue Marktpreis noch unter dem Monopolpreis
  - Wird hingegen eine Importquote eingeführt, so kann der Monopolist eine neue Nachfrage- und eine neue Grenzerlöskurve ableiten (sie entspricht der alten Nachfrage abzüglich der Importmenge, und wird somit zum Ursprung hin verschoben). Somit setzt er dann Grenzkosten = Grenzerlös und kann den Monopolpreis verlangen.

## Kapitel 12: VGR und Zahlungsbilanz

- Die Zahlungsbilanz verzeichnet Zahlungseingänge und – ausgänge zwischen In- und Ausland.
  - Zahlungen an Ausländer werden mit einem negativen Vorzeichen (-) versehen und gehen auf der Debit Seite in die Zahlungsbilanz ein
  - Zahlungen, die Ausländer an Inland leisten, werden mit einem positiven Vorzeichen (+) auf der Credit Seite verbucht.
- Die Zahlungsbilanz enthält
  - Die Leistungsbilanz (Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen)
  - Die Kapitalbilanz (Internationale Käufe und Verkäufe von Vermögenswerten)
  - Die Vermögens-Übertragungs-Bilanz (nicht kapitalgebundene, nicht produzierte, immaterielle Wirtschaftsgüter, z.B. Patente)

Leistungsbilanz + Kapitalbilanz + Vermögensübertragungsbilanz = 0

	Zahlungsbilanz	
Teilbilanz	Aktiva (Credits)	Passiva (Debits)
Leistungsbilanz Current Account	Exporte (Güter & DL)	Importe (Güter & DL)
Kapitalbilanz Financial Account	Einlagen Ausländer im Inland	Einlagen Inländer im Ausland
Vermögensübertragungsbilanz Capital Account	Empfangene VÜ	Geleistete VÜ

## Kapitel 13: Wechselkurse und Devisenmarkt

- Wechselkurse werden angegeben in (aus Sicht des Euros)
  - Preisnotierung (Euro je Dollar, €/ \$)
  - Mengennotierung (Dollar je Euro, \$/€)
- Der Wechselkurs kann als Vermögenspreis aufgefasst werden
  - Vermögenswerte werden beurteilt nach ihrer
    - Rendite (real)
    - Risiko
    - Liquidität
  - Renditen am Devisenmarkt sind abhängig von
    - Zinssätzen
    - Wechselkurse
  - Bewertung erfolgt so: Verzinsung der Euroeinlage in Dollar = Abwertungsrate des Dollar ggü. Euro + Eurozinssatz
- Im Devisenmarktgleichgewicht herrscht Zinsparität
  - Ab- und Aufwertungen erfolgen sofort
- Ein Anstieg des Dollarzinssatzes verursacht sofort eine Aufwertung des Dollar/Euro Wechselkurses
  - Wechselkurs wird auch von Wechselkurerwartungen (Entwicklung) beeinflusst.

## Kapitel 14: Geld, Zinssätze und Wechselkurse

- Geld wird wegen seiner Liquidität gehalten (keine Zinsen!)
- Die aggregierte Geldnachfrage ist eine Nachfrage nach einer bestimmten Menge Kaufkraft.
  - Sie steht in inverser Abhängigkeit zum Zinssatz (Opportunitätskosten) und
  - In direkter Abhängigkeit zum Transaktionsvolumen (reales BNE)
- Preisniveau ist in kurzer Sicht stabil, in langer Sicht flexibel.
  - In der langen Frist haben Geldmengenerhöhungen keine Auswirkung auf den Zinssatz, die relativen Preise und das Produktionsniveau
  - Der Wechselkurs als Preis einer Auslandswährung in Inlandswährung ändert sich jedoch proportional zu einer dauerhaften Geldmengenerhöhung
- Eine Erhöhung der Geldmenge kann zum Überschießen des Nominalen Wechselkurses führen.
  - Das langfristige Niveau wird kurzfristig überstiegen.
  - Dies folgt daraus, dass sich das Preisniveau und die Zinsparität nur zögerlich an das langfristige Niveau anpassen

## Kapitel 20: Optimale Währungsräume

- Die Länder der EU hatten zwei Hauptmotive für die Entscheidung, die Wechselkurse ihrer Währungen festzusetzen:
  - Die Zusammenarbeit sollte ihr gewicht in internationalen Wirtschaftsverhandlungen erhöhen
  - Die festen Wechselkurse sollten die Schaffung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes unterstützen
- Geschichte
  - Das EWS trat 1979 in Kraft: acht Mitgliedsländer plus später 4 weitere.
  - Bis Mitte der 80er Jahre waren Kapitalkontrollen und häufige Anpassungen der Leitkurse wesentliche Bestandteile dieses Systems.
  - In Vorbereitung von 1992 wurden die Kontrollen abgeschafft
  - In der Währungskrise von 1992 gaben GB und Italien ihre Wechselkurse frei. Auslöser war eine Zinserhöhung der Bundesbank (wegen Wiedervereinigungs-Boom), die die anderen Währungen, wegen schlechter wirtschaftlicher Entwicklung unter Druck brachte.
  - Aufgrund anhaltender spekulativer Angriffe wurde im August 1993 der WKS II eingeführt
  - 2007 tritt Slowenien als einziges neues EU Land dem Eurosystem bei. Litauen hatte die Aufnahme wegen eines minimalen Abweichens des Inflationszieles verfehlt. Estland ist ebenfalls nahezu aufnahmefähig.
- Glaubwürdigkeitstheorie des EWS:
  - Die Länder, die im EWS ihre Währungen an die DM banden, importierten die Glaubwürdigkeit der Bundesbank als Hüterin der Geldwertstabilität
  - Der Erfolg lässt sich empirisch nachweisen. Die Inflationsraten näherten sich der von Deutschland an. Grund hierfür ist, dass die enge wirtschaftliche Integration zu einer internationalen Preiskonvergenz führt und somit Preisniveauschwankungen verringert.

- Konvergenzkriterien
  - Ziel: Überzeugung der Wähler in Ländern mit geringer Inflationsrate, dass neue Währung genauso stabil sein werde
  - Preisstabilität: Inflationsrate im letzten Jahr vor Beitritt höchstens 1,5 Prozent über der durchschnittlichen Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitglieder
  - Wechselkursstabilität: Mindestens zwei Jahre unauffälliges Mitglied im EWS, keine Abwertung der Währung auf eigene Initiative
  - Haushaltsdisziplin (1): Haushaltsdefizit < 3% des BIP
  - Haushaltsdisziplin (2): Öffentliche Verschuldung < 60% oder schnell annähernd
  
  - Die letzten zwei Konvergenzkriterien sind im SWP nach wie vor vorhanden. Ebenso definiert der SWP einen mindestens ausgeglichenen Haushalt als mittelfristiges Ziel
  
- Gründe für die Einführung des Euro:
  - Umfassende Integration der Europäischen Märkte
  - Mehr Einfluss auf geldpolitische Entscheidungen durch alle Mitglieder (und nicht nur Deutschlands durch die Vormacht der Bundesbank im EWS)
  - Uneingeschränkte Kapitalmobilität, Schutz vor Spekulanten
  - Politische Stabilität Europas
  
- Theorie optimaler Währungsräume
  - Ein Land soll sich dann einem Währungsverbund anschließen, wenn es durch Außenhandel und Faktormobilität eng mit diesen Volkswirtschaften verflochten ist.
  - Die Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks soll reduziert werden.
  - Die Entscheidung hängt ab vom Verhältnis zwischen dem
    - monetären Effizienzgewinn (Unsicherheits-, Konfusions- Kalkulations- und Transaktionskosten sinken) und dem
    - Verlust wirtschaftlicher Stabilität (keine geldpolitischen Maßnahmen, keine automatische Stabilisierung über Wechselkurse (die Preise inländischer Produkte verändern),
  
- Die EU erfüllt nicht sämtliche Kriterien eines optimalen Währungsraumes
  - Der Handel innerhalb der EU ist beschränkt (nur ca. 10-20% der Produktion), zwar höher als mit USA, aber weitaus geringerer als zwischen den US-Bundesstaaten.
  - Arbeitsmobilität zwischen und innerhalb der Länder beschränkt und geringer als in den USA (vgl. Kulturunterschiede, Sprachen). Kapitalmobilität aber sehr hoch. Somit kann bei Schock das Kapital „fliehen“. Arbeit folgt nicht und somit entsteht Arbeitslosigkeit.
  - Fiskalföderalismus (Finanzausgleich für schwache Regionen) ist zu wenig entwickelt, um Mitglieder gegen ungünstige Entwicklungen abzusichern.
  - Preise konvergieren nicht in allen Sektoren
  - Produkte (bzw. Faktoreinsätze) der EU Mitglieder sind noch sehr heterogen
  
- Ausblick
  - Europa ist kein optimaler Währungsraum (die USA, Deutschland und Italien jeweils auch nicht!)
  - Wirtschaftliche Einheit weiter entwickelt als die politische Einheit
  - Arbeitsmärkte sind sehr unflexibel
  - Der SWP schränkt die Finanzpolitik ein

## Sonstiges

- Als Balassa-Samuelson-Effekt werden zwei wirtschaftstheoretische Begründungen zu Merkmalen von Entwicklungs- und Schwellenländern bezeichnet:
  - Währungen von Entwicklungsländern sind tendenziell unterbewertet (Balassa-Effekt).
  - Entwicklungsländer, die sich im Aufholprozess befinden, weisen höhere Inflationsraten auf als Industrieländer (Samuelson-Effekt).
- Das Stolper-Samuelson Theorem besagt inhaltlich:
  - Steigt der relative Preis eines Gutes (etwa in Folge der Aufnahme von Handelsbeziehungen), so steigt die reale Entlohnung des Faktors, der in der Produktion intensiv genutzt wird. Die Entlohnung des anderen Faktors sinkt.
  - Entsprechend der Angleichung der relativen Güterpreise in den Ländern, die Handel treiben, gleichen sich dann auch die relativen Faktorpreise (für die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit) an. Dies gilt jedoch nur bei nicht-vollständiger Spezialisierung der Länder.
- Ein fortdauernder Anstieg des Preisniveaus erfolgt durch Zweitrundeneffekte, indem z.B. die Lohnempfänger der Reallohnsenkung durch entsprechende Nominallohnforderungen begegnen.

## Teil Geldtheorie und –politik

Görgens, E. / Ruckriegel, K. / Seitz, F. (2004): Europäische Geldpolitik: Theorie, Empirie, Praxis, 4. Auflage, Stuttgart  
Kapitel II.1 bis II.3 (Seiten 61-234)

### Das Eurosystem als Träger der Geldpolitik

- Herausforderungen
  - Integration der neuen 10 EU Länder
    - Z.B. durch Rotationssystem
  - Gravierende Unterschiede in der wirtschaftlichen Bedeutung der EU Länder
- Regionale Verankerung
  - Vorteile:
    - Informationen über Entwicklungen besser vor Ort zu beschaffen
    - Bessere Vermittlung/Kommunikation an Mitglieder
    - Wettbewerb der Ideen
- Bereitstellung von Zentralbankgeld
  - Nachfrage nach Notenbankgeld durch Banknotenmonopol und Mindestreserveguthaben gegeben
  - Eurosystem: Refinanzierungsgeschäfte
  - US-Fed: Ankauf staatlicher Wertpapiere
- Einkünfte der Notenbanken
  - Zinsen aus Kreditausgabe
  - Fremdwährungsforderungen werden von EZB angelegt
  - Veräußerung von Vermögenswerten mit Bewertungsgewinnen
- Seigniorage: realer Vermögenstransfer von Privaten an den Staat, verbunden mit dem Erwerb oder dem Halten von Zentralbankgeld
- Aufgaben der US-Fed
  - Maximum employment
  - Stable prices
  - Moderate long-term interest rates

- Hauptaufgabe der EZB
  - Vorrangiges Ziel ist die Preisstabilität zu gewährleisten
    - Inflation (Prozess dauerhafter Preissteigerungen) führt kurzfristig zu höherer Profitabilität der inländischen Produktion (Ausweitung der Kapazitäten) und zu mehr Güterimporten (Angebot erweitert sich)
    - Mittel bis langfristig führt die Inflation zu Beschäftigungseinbußen (Sinkende Reallöhne bei steigenden Nominallohnen, damit Konsumrückgang, Wachstumseinbußen, Preisverzerrungen, Geld verliert seine Aufgabe)
  - Unterstützung der Wirtschaftspolitik nur, wenn dieses Ziel nicht gefährdet
  - Das EZB ist von politischen Einflüssen deshalb komplett unabhängig (wie Bundesbank früher)
    - Dadurch wird verhindert, dass die kurzfristigen Effekte des trade-offs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit genutzt werden
    - „Jede Gesellschaft hat letztlich die Inflationsrate, die sie verdient und im Grunde auch will“ (Issing)
      - Preisstabilität ist also nur durch Unterstützung und Vertrauen der Bevölkerung zu garantieren (Mentalität)
  
- Die Unabhängigkeit der EZB ruht auf vier Säulen
  - Institutionelle Unabhängigkeit
    - Freiheit von Weisungen Dritter
  - Personelle Unabhängigkeit
    - Klare Amtszeit der Direktoren (8 Jahre)
    - Keine zweite Amtszeit
    - Entlassung davor mit hohen Hürden verbunden
  - Finanzielle Unabhängigkeit
    - EZB soll sich selbst finanzieren
    - Keine Schwächung der Bank durch Abhängigkeit von Mittelzuweisungen
  - Funktionelle Unabhängigkeit
    - Nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet
    - Keine Staatskredite
    - Vollständige Kontrolle der Verfahren und Instrumente
  
- Weitere Aufgaben:
  - Banknoten Emission
  - Bargeld in den Verkehr bringen
  - Abwicklung des Zahlungsverkehrs
  - Haltung der Währungsreserven
  - NZBen auch in der Bankenaufsicht involviert

## Geldpolitische Strategien

- Strategien
  - Diesen als Regeln der Geldpolitik
  - Stellen sicher, dass eine langfristige Orientierung (Kontinuität) verfolgt wird
  - Erleichtern die Kommunikation nach Innen und Außen
  
- Anforderungen an eine Strategie
  - Strategie als notwendige Bedingung muss auf Endziel Preisstabilität ausgerichtet sein, Verantwortlichkeiten klar verteilt werden.
  - Ziele müssen transparent sein und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dadurch entsteht ein Rechtfertigungszwang bei Zielverfehlung
  - Sie soll mittel- bis langfristig ausgerichtet sein. Kurzfristige Abweichungen müssen mit ihr vereinbar sein
  - Vereinbarkeit mit der Unabhängigkeit des Eurosystems
  - Schnelle und präzise Datenverfügbarkeit

- **Zwischenziele**
  - Sind nur Mittel zum Zweck der Erreichung des Endziels
  - Anforderungen
    - Kurzfristig beobachtbar
    - Kontrollierbar mittels des Instrumenten-Sets der EZB
    - Engen und stabilen Zusammenhang zum Endziel aufweisen
  - **Geldmengenziele**
    - Von der ehem. Deutschen Bundesbank praktiziert
    - Sinnvolle Abgrenzung des Geldmengenaggregates wichtig
      - Muss hinreichend kontrollierbar sein
      - Voraussesbarer und längerfristiger Zhsg. mit Preisstabilität
    - Erwartetes Wirtschaftswachstum (anhand des Produktionspotentials), Preiskomponente und Umlaufgeschwindigkeit sind die Bestandteile
    - Geldnachfrage und Umlaufgeschwindigkeit von zentraler Bedeutung
      - Instabile Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit ist gleichbedeutend mit einer instabilen Geldnachfrage
    - Vorteile
      - Klare, einfache Theorie
        - Inflation geht auf Dauer stets mit einer übermäßigen Ausweitung der Geldmenge einher. (jedoch nicht 1:1)
      - Es wird kein Punktziel, sondern ein Zielkorridor verfolgt. Somit entsteht ein Flexibilitätsspielraum (Pragmatische Geldmengenpolitik)
      - Muss genauen Transmissionsweg nicht kennen, Konzentration auf eine Variable, Geldmengendaten relativ schnell zu erheben
      - Überwachung durch öffentliche Bekanntgabe
      - Eindeutige Verantwortungs-Zuordnung
    - Nachteile
      - Instabilitäten im Geldnachfrageverhalten
        - Unsicherheiten steigen (Globalisierung, Finanzmarktkrisen, etc.), dadurch instabile Entwicklung
      - Kontrollierbarkeit
        - Definition der Geldmengenaggregate sollte breit sein, jedoch umso breiter, desto weniger kontrollierbar/beeinflussbar.
  - **Zinsziele**
    - Grundsätzlich geeignet als Zwischenziel: Zinsen sind täglich auf Finanzmärkten verfügbar und lassen sich nicht von staatlicher Seite manipulieren
    - Alternativen
      - Zinsniveau
        - Nominalzinsen an Geldmarkt
          - Ungeeignet. Zwar gut kontrollierbar können aber durch direkte Beeinflussung keine Info über angemessene Ausrichtung geben. Nur loser Zusammenhang zu gesamtw. Nachfrage und Preisentwicklung
        - Realzinsen am Kapitalmarkt
          - Enge Korrelation mit Inflation
          - Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (Grenzproduktivität)
          - Lässt Schluss auf konjunkturelle Aussichten zu
          - Änderung der Notenbankzinsen rufen uneinheitliche Änderungen des Kapitalmarktzinses hervor. Selbst Richtung nicht eindeutig. Schwierig zu beurteilen
        - Realzinsen

- Vergleich aktueller Realzins mit „natürlichem“ Realzins (bei Preisstabilität und Vollbeschäftigung)
    - Problem: Erhebung des „natürlichen“ (GG) Realzinses. Geldpolitik kann den Realzins nur mäßig beeinflussen
  - Zinsdifferenzen oder Zinsstruktur
    - Untersucht wird der „Zinsspread“ zwischen langfristigen und kurzfristigen Zinsen
    - Wird eine glaubhafte Politik (steigende Kurzfristzinsen) gemacht, so wird dieser geringer, da Inflationserwartungen (sinkende Langfristzinsen) niedrig sind
    - Probleme: Orientierung u.a. an selbstbestimmten Geldmarktzinsen. Ermittlung des Realzinses.
    - Unklar ist auch, ob größerer Spread Inflationserwartungen (langfr.) oder eine erwartete restriktive Geldpolitik (kurzfr.) widerspiegelt
  - **Wechselkursziele**
    - Kopplung der Inlandswährung an Warenkorb oder an als wertstabil anerkannte Auslandswährung
    - Stabilität und Glaubwürdigkeit sollen importiert werden
    - Wird auch als „externer nominaler Anker“ bezeichnet
    - Bedingungen:
      - Hinreichend großes Ankerland
      - Hohe Glaubwürdigkeit und Reputation des Ankerlandes
      - Großer Teil des Außenhandels sollte mit Ankerland oder zumindest in dessen Währung abgewickelt werden
      - Wechselkurs muss kontrollierbar sein
    - Problem: Abhängigkeit von der ausländischen Geldpolitik
      - Zinssätze passen sich einander an
      - Schocks im Ausland werden auf Inland übertragen
      - Verlust der geldpolitischen Autonomie, Inflexibilität, wenn Wirtschaftsentwicklung in Ankerland und Inland divergiert
      - Spekulative Attacken
      - Expansive Fiskalpolitik führt zu expansiver Geldpolitik, da Zinsen stabil bleiben müssen
  - **Nominelle BIP Steuerung**
    - Kombiniert zwei Endziele miteinander: Preisentwicklung und Wirtschaftswachstum (gleichgewichtet)
    - Steuerung über Notenbankzinsen, wenn BIP-Entwicklung abweicht (verzögerte Anpassung) oder wenn prognostiziertes Wachstum vom Zielwert abweicht (vorausschauende Anpassung)
    - Orientierung an Abweichung zwischen tatsächlichem Wachstum und Zielwachstumsrate (Output Gaps)
    - Vorteile
      - Enge Verbindung mit gesamtwirtschaftlichen Zielen
      - Schockabsorption möglich (durch expansive Geldpolitik, dadurch aber Preisstabilität gefährdet)
    - Nachteile
      - Datenverfügbarkeit
      - Informationsproblem über Transmissionsprozess von geldpolitischer Maßnahme bis zur Beeinflussung der aggregierten Nachfrage
      - Die Notenbank ist nicht alleine für BIP Entwicklung verantwortlich (Lohnpolitik, Fiskalpolitik, etc. auch)
  - Direkte Inflationssteuerung
    - Abkehr von Geldmengenstrategie und Wechselkurszielen aufgrund von

- Finanzinnovationen
    - Deregulierung
    - Disintermediation weg vom Bankensektor
  - Dient vor allem als klares Zeichen hin zur Preiswertstabilität. Fungiert als Anker für die Erwartungsbildung
  - Elemente
    - Festlegung der zu steuernden Preisgröße (z.B. Inflation gemessen am Verbraucherpreisindex)
    - Öffentliche Ankündigung eines numerischen mittelfristigen Ziels
    - Institutionelle Absicherung (z.B. Notenbankstatuten)
    - Herausgehobene Stellung einer modellgestützten Inflationsprognose mit mehreren Indikatoren
    - Erhöhte Transparenz durch verstärkte Kommunikation
    - Verstärkte Verantwortung der Notenbank
  - Das Inflationsziel wird mit der Inflationsprognose verglichen
    - Variablen sind Importpreise, Lohnstückkosten und Output Gap
    - Inflationsziele sind in der Regel als Korridor oder Obergrenzen gegeben
    - Ist die prognostizierte Inflation zu hoch, so muss die Geldpolitik einen restriktiven Kurs einschlagen
  - Voraussetzung: Ökonomische Stabilität des Landes sollte gegeben sein.
  - Problem: Ankündigung des Inflationsziels beeinflusst Erwartungsbildung und somit tatsächliche Inflation
  - Ebenso liegen nicht alle Einflussfaktoren der Inflation in der Hand der Zentralbank (z.B. indirekte Steuern)
- Die US Fed verfolgt ein Multi-Indikatoren Ansatz
  - Realzins und Realzinsstruktur spielen wichtige Rolle, sind aber keine offiziellen Zwischenziele „just-do-it“-Strategie
  - Kein nomineller Anker
  - Mangelnde Transparenz
- Das Eurosystem verfolgt eine gemischte Strategie: Geldmengenstrategie und direkte Inflationssteuerung
  - Probleme, die spezifisch für den Euro-Raum sind
    - Unsichere Datenbasis
    - Beträchtliche Unterschiede in Entwicklungsstand der Wirtschaften
    - Regimewechsel führt zu Verhaltensänderungen der WI-Subjekte
    - Die Unsicherheit ist im Ganzen also angestiegen
    - Deshalb ist eine robuste Strategie unerlässlich
  - Generelle Adäquanz der Strategien
    - Wechselkursziel
      - Nein, da
        - Größe des Euroraums
        - Keine Ankerwährung in Sicht
    - Zinssteuerung, Zinsstruktur
      - Nein, da Optimalzins schwierig zu bestimmen
    - Nominelle BIP-Steuerung
      - Nein, da
        - fehlende praktische Erfahrung und
        - Datenproblem
    - Multi-Indikatoren Ansatz
      - Nein, da kein nomineller Anker und Intransparenz
  - Bleiben also nur direkte Inflationssteuerung und Geldmengenstrategie
    - Inflationssteuerung passt zu einer Situation, bei der monetäre Beziehungen instabil geworden sind.
    - Solange Geldnachfrage jedoch stabil, ist Geldmengenziel erstbeste Lösung
      - Berücksichtigt Inflations-, Outputlücke und Liquiditätslücke
  - Erforderlich ist nun

- Eine quantitative Definition von Preisstabilität (Anker)
  - Preisstabilität: Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in der EWU von unter, aber nahe 2% gegenüber dem Vorjahr
  - Das ökonomische Kriterium für Preisstabilität ist, dass Inflation nicht in das Entscheidungskalkül der WI-Subjekte eingeht
  - Es folgen drei Implikationen
    - Es ist die Preisentwicklung im gesamten Euro-Raum relevant, nicht diejenige in einzelnen Ländern
    - Die Teuerung auf Verbraucherebene wird gemessen (nicht z.B. der BIP-Deflator)
    - Es sind sowohl Steigerungen von über und deutlich unter 2%, sowie Deflation unvereinbar mit Preisstabilität
- Monetäre Analyse und der Referenzwert M3 (Monetäre oder langfristige Säule)
  - Untersucht werden Abweichungen des Geldmengenwachstums von einem definierten Referenzwert (4,5 %)
  - Allerdings wird nicht „mechanistisch“ auf eine Abweichung reagiert, sondern Ursachen werden sorgfältig analysiert
- Umfassende Beurteilung der Preisperspektiven (Wirtschaftliche oder kurzfristige Säule)
  - Kurzfristige Konjunkturindikatoren (z.B. Kosten und Auslastung der Produktionsfaktoren)
  - Finanzmarktindikatoren (z.B. Zinsstrukturen)
  - Branchen und Verbraucherumfragen
- Probleme der zwei-Säulen Strategie
  - Was geschieht, wenn beide Säulen unterschiedliche Signale senden?
  - Wenn monetäre Beziehungen stabil, wäre die mittel- bis langfristige Orientierung der Geldmengenstrategie besser. Doch die Reform von 2003 betont eher die kurzfristige Seite.
  - Finanzinnovationen erschweren das Erheben bzw. senken die Relevanz von M3, somit wird die Geldmengenkontrolle erschwert
- Falls das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum weiterhin moderat bleibt, wird man nach einer eher Konjunkturorientierten Politik Ausschau halten müssen. Eventuell wäre dann der Multi-Indikatoren Ansatz der USA richtig (vorausgesetzt, die EZB konnte genügend Vertrauen ansammeln)

## Geldpolitisches Instrumentarium

- Ziel: Tagesgeldsatz muss steuerbar sein
- Tender: Bieterverfahren
- Ausgangspunkt ist die Anbindung der Geschäftsbanken an die Zentralbank
  - Banknotenmonopol und
  - Mindestreservepflicht
    - Geschäftsbanken müssen (verzinsliche) Mindestreserven auf Girokonten bei den nationalen Zentralbanken zu halten. Diese betragen derzeit zwei Prozent der Einlagen und Schuldverschreibungen der Banken.
    - Funktionen
      - Herbeiführung der Liquiditätsknappheit (Anbindungsfunktion)
        - Trägt dazu bei, dass andere Instrumente der Zentralbank (z.B. Offenmarktpolitik) greifen können, kann also nicht so leicht ersetzt werden
      - Stabilisierung der Geldmarktsätze (Stabilisierungsfunktion)
        - Die Mindestreserven müssen nur durchschnittlich zwei Prozent betragen. Kurzfristige Anspannungen und Verflüssigungen am Tagesgeldmarkt können so die

### Geschäftsbanken automatisch ausgleichen (ohne Intervention der EZB)

- Instrumente
  - Hauptrefinanzierungsgeschäfte (Haupttender, ist Offenmarktgeschäft)
    - Bestimmt die Liquiditätssituation am Geldmarkt
    - Mit Vorgabe des Zinssatzes wird geldpolitischer Kurs signalisiert
    - Hauptrefinanzierungssatz ist Leitzinssatz
    - Geschäftsbanken erhalten Geld von der EZB gegen Zinszahlungen
    - Finden einmal pro Woche statt. Laufzeit: eine Woche
  - Sonstige Offenmarktgeschäfte (dienen der Liquiditätsversorgung)
    - längerfristige Refinanzierungsgeschäfte,
    - Feinsteuerungsoperationen und
    - strukturelle Operationen
  - Ständige Fazilitäten
    - Spitzenrefinanzierungsfazilität (Kredit über Nacht) und Einlagefazilität (Einlage über Nacht)
  - Devisenmarktinterventionen
    - Zur Stabilisierung des geldpolitischen Kurs
    - sehr selten
  
- Alle Operationen sind mit Sicherheiten zu unterlegen
  - Verhindert, dass Kreditverluste entstehen
  - Sicherheiten können als
    - Pfand oder durch
    - Übertragung von Rückkaufsvereinbarungen (Repogeschäfte) gestellt werden

## Teil Makroökonomie

Spahn, H. (1999): Makroökonomie: theoretische Grundlagen und stabilitätspolitische Strategien, 2. Auflage, Berlin  
 Kapitel 2.1-2.3, 3.3.1, 3.3.2, 5.2.5, 5.2.6 (Seiten 95-128, 191-197, 296-303)

### Der Arbeitsmarkt / Beschäftigung und Gütermarkt

- Kapitalstock voll ausgelastet
  - Sinkende Grenzerträge bei Mehreinsatz von Arbeit
  - Deshalb negative Steigung der Grenzproduktivität der Arbeit (bei konstanter Technologie)
  - Da Nominallöhne starr, erfordert steigende Beschäftigungsmenge steigendes Preisniveau
    - Denn nur bei sinkendem Reallohn bleibt die Produktion rentabel
- Kapitalstock Kapazitätsnutzung in geringem Maße flexibel
  - Durchschnittsproduktivität der Arbeit konstant
  - Lineare Produktionsfunktion
- Preise entstehen durch einen Gewinnaufschlag (Mark-up) der Unternehmen auf Ihre Kosten
  - Bei (moderaten) Nachfrageschwankungen wird der Preis konstant bleiben
    - Menü-Kosten der Preisänderung (neue Preislisten, etc.)
    - Signal an Wettbewerb, dass Preiskampf losgeht
    - Nachfragesteigerungen führen also erst über die Faktormehrnachfrage und die Faktorpreiserhöhung zu Preisniveauanstieg
  - Bei steigenden Kosten steigen hingegen die Preise unisono
    - Die steigenden Kosten treffen meist alle Wettbewerber (keine Wettbewerbsverzerrung)
    - Allerdings nur, wenn nahe der Kapazitätsgrenze produziert wird. Bei vollständigen Wettbewerb lassen sich auch Kosten schwer auf Preise unmwälzen

- Reallohn = Arbeitsproduktivität / Mark-Up
- Die Angebotsseite verläuft linear (Produktionstechnik, Kapazitätsunterauslastung, fixierte Löhne) deshalb
  - Lösen Nachfrageänderungen allein Mengeneffekte (Einkommens- und Beschäftigungsänderungen) aus
  - Preisniveau bleibt konstant (exogene Größe)
    - Hängt vom Nominallohn
    - Arbeitsproduktivität
    - Mark-up ab.

### Lohninflation: Beveridge Kurve

- Offene Stellen und Arbeitslosigkeit treten gleichzeitig auf
  - Strukturelle Heterogenität des Arbeitsmarktes als Ursache
  - Allgemeine Marktunvollkommenheit des Arbeitsmarktes (kommt in Beveridge Kurve zum Ausdruck)
- Konsequenz: Nur bei einer positiven Arbeitslosenquote liegt
  - Schwelle des allgemeinen Lohnanstieges
    - WI-Subjekte sind nur in Erwartung eines steigenden Realeinkommens bereit, auf Freizeit zu verzichten
  - Makroökonomisches Gleichgewicht
- Arten der Arbeitslosigkeit
  - Strukturelle Arbeitslosigkeit
    - Saisonale Arbeitslosigkeit
    - Branchen- oder Regionen bezogene Arbeitslosigkeit
    - Friktionelle Arbeitslosigkeit (durch Arbeitsplatzwechsel)
    - Informationsmängel bei der Arbeitsvermittlung
    - Qualifikationsunterschiede zw. Angebot und Nachfrage
- Beveridge Kurve trägt einfach Freie Stellen (vertikal) und Zahl der Arbeitslosen (horizontal) gegeneinander ab. Optimum bzw. Gleichgewicht auf 45° Linie.

### Lohninflation: Die Phillips Kurve

- Ursprüngliche Phillips-Kurve: Trade-Off zwischen Nominallohnwachstum und Arbeitslosigkeit
- Modifizierte Phillips-Kurve: Suggestiert Trade-Off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation
- Seit den 70er Jahren allerdings eher Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Veränderung der Inflationsrate
  - Gründe: Veränderungen der Erwartungen (erstmal wurden ständige Steigerungen der Inflation erwartet), Ölpreisschocks
- Folgende Beziehungen gelten
  - Ein Anstieg der erwarteten Inflation führt zu einem Anstieg der Inflation (Über Lohnsetzung: Höhere nominellen Lohnforderungen um Reallohn konstant zu halten, dadurch höhere Produktionskosten und Überwälzung auf Preise)
  - Anstieg des Mark-Up oder Anstieg der Catch-All Variablen führen zu Anstieg der Inflation
  - Anstieg der Arbeitslosenquote führt zu Rückgang der Inflation
    - Erwartetes Preisniveau konstant. Somit führt Arbeitslosenquoten Anstieg zu niedrigerem Nominallohn (Verhandlungsmacht). Geringeres tatsächliches Preisniveau folgt. Somit Rückgang der Inflationsrate
- Friedman/Phelps:
  - Es lässt sich lediglich die natürliche Arbeitslosenquote erreichen, keine Null-Arbeitslosigkeit
  - Nur kurzfristiger Trade-Off zwischen Beschäftigung und Veränderung der Inflationsrate

- Langfristig kein Trade-Off
- Langfristige Betrachtung
  - Expansive Geldpolitik, steigert das Geldangebot
  - Erhöht Nachfrage auf Gütermarkt
  - Erhöht Nachfrage nach Arbeiter (Arbeitslosenquote sinkt)
  - Steigert die Nominallöhne
  - Arbeiter verwechseln Nominallohnsteigerung mit Reallohnsteigerung.
  - Durch Steigerung des Preisniveaus passen sich aber Erwartungen wieder an
  - Rückkehr zu natürlichen Arbeitslosenquote auf höherem Niveau
  - Erneuter Ablauf dieses Schemas durch erneute expansive Geldpolitik
  - Langfristig ist Phillips-Kurve somit vertikal. Ein Trade-Off besteht dann nicht mehr.

## Erwartungen

- Statische Erwartungen
  - Stets der gleiche, konstante Wert angenommen
- Extrapolative Erwartungen
  - Vergangene Werte werden in Zukunft fortgeschrieben
- Adaptive Erwartungen
  - Fortschreibung plus Fehlerkorrektur
- Rationale Erwartungen
  - Schätzung des zukünftigen Wertes (zukunftsbezogen) unter Berücksichtigung aller Informationen
    - Nur, wenn relative Stabilität herrscht. Bei häufigen Schocks unmöglich

## Ressourcenpotential und gesamtwirtschaftliche Nachfrage

- Drei Prozesse lassen sich in der Phillips-Kurve unterscheiden
  - Nachfrageveränderungen führen bei gegebener Inflationserwartung zu Bewegungen auf der Phillips-Kurve
  - Angebotsstörungen wie autonome Lohn- oder Preisschübe und steigende Inflationserwartungen bewirken eine vertikale Verschiebung der Kurve
  - Veränderungen der strukturellen Arbeitslosigkeit eine horizontale Verschiebung (weil sich ja die natürliche Arbeitslosigkeit ändert) der Kurve
- Erhöhung der strukturellen Arbeitslosigkeit
  - Kann Spätfolge eines konjunkturellen Nachfragerückganges sein
  - Transformation der Unterbeschäftigung in strukturelle AL
    - Arbeiter verlieren Qualifikation und somit Marktfähigkeit
  - Lohn- und Preisentwicklung verlieren Bezugspunkt (Beschäftigungsgrad), Steuerung dann lediglich über Veränderung der Beschäftigung

## Persistenz der Inflation

- Geldwertstabilität und Beschäftigung über Arbeitsmarktgleichgewicht schließen als Ziele der Notenbank aus
  - Würden durch Notenbankpolitik niedrige Inflationsraten erwartet so
  - Könnte die Notenbank dies kurzfristig ausnutzen um durch überraschende Geldmengenerhöhung Beschäftigung zu steigern.
  - Dies wird jedoch antizipiert und Inflation besteht somit
  - Deshalb wäre es überlegenswert, wenn der Notenbank diese Möglichkeit genommen würde und somit die Erwartungen keine Inflation berücksichtigen.
    - Dies ist jedoch nicht notwendig, wenn Reputationsverlust und langfristige Orientierung der Notenbank eine Überraschungsinflation verhindern
    - Besteht keine Verlässliche Geldpolitik, so wird die tatsächliche Preisentwicklung zur Bildung der Erwartungen herangezogen.

## Teil Finanzwissenschaft / Ordnungspolitik

Grossekettler, H. (2003): Öffentliche Finanzen, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 1, 8. Auflage, München, Gliederungspunkte 1.1., 2. (Seiten 563-568 und 575-633)

### Ziele, Träger und Instrumente der öffentlichen Finanzwirtschaft

- Zwangsmonopol des Staates
  - Staat kann als einziges WI Subjekt jemanden zu Handlungen zwingen
  - Darum kann er Marktunvollkommenheiten ausgleichen
- Ziele
  - Allokations-
  - Distributions- und
  - Fiskalpolitik
- Träger
  - Körperschaften: im Innenverhältnis demokratisch, im Außenverhältnis rechtsfähig
  - Staat
    - Zwangsverband qua Geburt angehörig, räumliches Machtmonopol
    - Auf ewig angelegt (außen: unbegrenzte internationale Verträge. Innen: intergenerative Fürsorgepflicht)
    - Formelle Regeln des Zusammenlebens, da viele Mitglieder
    - Begrenzung der Kompetenzen des Staates auf diejenigen Aufgaben erforderlich, die er besser erledigen kann als die Privatwirtschaft (Finanzverfassung)
- Instrumente
  - In der Finanzverfassung festgelegt (Aufgaben-, Einnahmen, Ausgabenkompetenzen der jeweiligen Verbände)
  - Meist getrennte Entscheidung über Einnahmen und Ausgaben
  - Ausgaben
    - Transferzahlungen (ohne direkte Gegenleistung)
    - Transformationszahlungen (Privatwirtschaftliches Handeln des Staates)
  - Einnahmen (Steuern, Abgaben, privatwirtschaftliche Betätigung)

### Rechtfertigung und Regeln staatlicher Allokationspolitik

- Zuordnung der Faktoren zur Produktion von Gütern
- Äquivalenzprinzip: Leistung und Gegenleistung, Grenzkosten=Grenznutzen)
- Beiträge und Gebühren
- Zu hohe Transformationskosten sind Ursache für Marktversagen (Öffentliche Güter)
- Neben Bereitstellung öffentlicher Güter, fallen auch die Hersteller- bzw. Betreiberaufgaben des Staates in diese Kategorie
- Öffentliche Güter (siehe Vorlesungen FiWi, O-Pol, etc.)
  - Nicht-Ausschließbarkeit
  - Nicht-Rivalität im Konsum
    - Nutzungshäufigkeit (Gruppenersparnisse, Subadditivität)
    - Nutzungsmenge
- Bereitstellung
  - Subsidiarität
    - Bis zum Beweis des Gegenteils wird davon ausgegangen, dass der jeweils kleinste handlungsfähige Nutzerverband am besten über die eigenen Bedürfnisse Bescheid weiß und, wenn er für Konsequenzen selbst verantwortlich ist, auch die bestmögliche Entscheidung trifft

- Kongurenz
  - Nutznießerprinzip: nur, wer für das öffentliche Gut bezahlt hat, nutzt es auch. Nutzer aus anderen Ländern kommen nicht in den Genuss des Gutes.
- Externe Effekte (siehe Vorlesungen FiWi, O-Pol, etc.)
- Entbürokratisierung, Deregulierung, Arbeitsverträge im öffentlichen Bereich

## Rechtfertigung und Regeln staatlicher Distributionspolitik

- Umverteilung von Einkommen und Vermögen zwischen Personen oder im Raum
- Leistungsfähigkeitsprinzip (Beitrag nach seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit (Grenzleid))
- Steuern und Abgaben
- Tendentiell Aufgabe des Bundes
- Ziel ist das Zustandekommen von Versicherungsmärkten, die sonst nicht zu Stande kommen würden (Transaktionskosten, Marktversagen). Ebenso Umverteilung zugunsten von Gerechtigkeitsvorstellungen
- Die Zahlungen dieser Kategorie nehmen ex post die Gestalt von Transferzahlungen an (keine Gegenleistung in selber Periode)
  
- Informationsasymmetrien
- Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten
- Finanzausgleich
  - Bund/Länder (Direkt)
  - Krankenkassen (Indirekt)
  
- Besteuerungsgrundsätze
  - Mehrere Steuern, weil eine einzige zu komplex (auch verschiedene Bemessungsgrundlagen möglich)
  - Große Bemessungsgrundlagen = relativ niedrige Steuersätze (dadurch geringe Substitutionsanreize)
  - Einheitlicher Steuersatz hat geringere Verzerrungswirkungen
- Steuerarten
  - Einkommenssteuer
  - Unpersönliche Konsumsteuer (Umsatzsteuer)
  - Erbschafts- und Schenkungssteuer
  - Lenkungssteuern in Form von KFZ-, Mineralöl-, Tabaksteuer.

## Finanzwirtschaftliche Stabilisierungspolitik: Fiskalpolitik

- Einkommensumverteilung zwischen verschiedenen Zeitperioden
- Verstetigte Staatsnachfrage
  - Potentialorientierte Fiskalpolitik
  - Dient der Erartungsstabilisierung
  - Jährlich gering steigende Staatsausgaben (3-5 Prozent)
  - Kein strukturelles Defizit
- Konjunkturelle Eingriffe
  - Antizyklische Fiskalpolitik
  
- Zuordnungs- und Legitimationsfragen
  - ZMT Regel: Ziele, Mittel Träger
    - Jedem Ziel wird ein Mittel zugeordnet
    - Jeder Ziel-Mittel Kombination wird genau ein Träger zugeordnet
    - Jeder Träger erhält nur Ziel-Mittel-Kombinationen, die miteinander kompatibel sind

- Jeder Kombination wird der Träger ausgesucht, der das höchste Informationsniveau besitzt
- Keine Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Instrumenten

## Teil Mikroökonomie

Varian, H. R. (2004): Grundzüge der Mikroökonomik, 6. Auflage, München, Kapitel 14-16 (Seite 251-316)

### Konsumentenrente

- Im Fall eines
  - unteilbaren Gutes und
  - bei quasilinearen Nutzen
  - ist der durch den Konsum von  $n$  Einheiten dieses Gutes gestiftete Nutzen
  - gleich der Summe der ersten  $n$  Vorbehaltspreise
- Die Summe ist der Bruttonutzen aus dem Konsum des Gutes. Werden die Kosten für den Erwerb subtrahiert, so erhält man die Konsumentenrente (Differenz zwischen Zahlungsbereitschaft und tatsächlichen Kosten)
- Eine Änderung der Rente des Konsumenten kann als Änderung des Nutzens interpretiert werden
- Auswirkungen einer Preisänderung:
  - Kompensatorische Variation
    - Einkommensänderung, die erforderlich ist, um Konsumenten auf die ursprüngliche Indifferenzkurve zurückzubringen
    - Kompensation des Konsumenten für Preisänderung, Entschädigung durch Dritte
  - Äquivalente Variation
    - Wie viel Geld muss dem Konsumenten vor Preisänderung weggenommen werden, damit er gleich gut gestellt ist wie nach der Preisänderung
    - Sie misst genau den Betrag, den der Konsument zu zahlen bereit wäre, um die Preisänderung zu vermeiden
  - Bei Quasilinearen Nutzen sind diese gleich groß, sonst Näherung
- Analog gibt es auch eine Produzentenrente
  - Misst den Nettonutzen der Produktion eines Gutes

### Marktnachfrage

- Marktnachfragekurve ergibt sich durch horizontale Addition der individuellen Nachfragekurven
- Vorbehaltspreis: Konsument ist Indifferent zwischen Kauf und Nicht-Kauf
- Nachfragefunktion misst die nachgefragte Menge als eine Funktion des Preises
  - Die inverse Nachfragefunktion misst den Preis als eine Funktion der Menge
- Preiselastizität gibt an, wie empfindlich die nachgefragte Menge auf Preisänderungen reagiert. (Prozentänderung der Menge/ Prozentänderung des Preises)
  - Bei Vollkommener Elastizität können keine Preiserhöhungen auf die Konsumenten übergewälzt werden.
  - Bei geringer Elastizität schon. Es handelt sich um lebensnotwendige Produkte.
  - Analog lässt sich auch eine Einkommenselastizität formulieren.

### Gleichgewicht

- Gleichgewichtspreis, wenn gilt: Angebotene Menge gleich nachgefragte Menge
- Beispiel für komparative Statik: Analyse der Änderungen des GG

- Eine Steuer treibt einen Keil zwischen Preis, den Nachfrager bezahlen und Preis, den Anbieter erhalten.
  - Überwälzung der Steuer auf Konsument: Angebotskurve horizontal
  - Keine Überwälzung: Angebotskurve vertikal
- Wohlfahrtsverlust einer Steuer
  - Nettoverlust an Konsumenten- und Produzentenrente. Misst den Wert des Outputs, der durch die Steuer nicht verkauft wird
- Pareto-Effizienz (siehe O-POL)
  - Eine Situation ist dann pareto effizient, wenn kein Wi-Subjekt besser gestellt werden kann, ohne dass ein anderes schlechter gestellt wird.
    - Dies ist hier nur im GG der Fall